

Sonnenscheinschule soll Parkplatz werden

Heinsberger Haushalt 2015 mit den Stimmen von CDU und SPD verabschiedet. Weitere Steuererhöhungen nicht ausgeschlossen.

VON RAINER HERWARTZ

Heinsberg. Es ist vollbracht: Trotz eines Fehlbetrages im Ergebnisplan von 5,2 Millionen Euro ist der Haushalt der Stadt Heinsberg nun beschlossene Sache – mit den Stimmen von CDU und SPD. FDP, Grüne und Freie Wähler (FW) hatten hingegen den Daumen gesenkt. Und das nicht, ohne im Zuhörersaal für die eine oder andere Erheiterung zu sorgen. So zum Beispiel, als Walter Leo Schreinemacher (FW) erklärte, ihm sei bei den Ausführungen des CDU-Fraktionschefs derart die Spucke weggeblieben, dass er am liebsten das vor ihm stehende Wasserglas in einem Zug leeren würde, oder David Stolz (FDP) anmerkte, dass bei einem Wirtschaftsunternehmen angesichts Jahr für Jahr steigender Verluste der Vorstand seinen Hut nehmen oder das Unternehmen Pleite gehen müsse.

„Die bislang angestrebten Einsparmaßnahmen haben letztlich nicht dazu geführt, ein strukturelles Defizit im Haushalt der Stadt Heinsberg von 5 bis 6 Millionen Euro zu verhindern“, hatte Bürgermeister Wolfgang Dieder in seiner Rede eingeräumt. „Eine grundsätzliche Veränderung der Finanzsituation der Kommunen ist in den kommenden Jahren aufgrund der Vorgaben der Schuldenbremsen von Bund und Land nicht zu erwarten. „Einen Beitrag zur Konsolidierung unseres Haushaltes haben wir mit der Anhebung der Realsteuerhebesätze erzielt. Wenn es uns nicht gelingt, dauerhaft weitere Aufwandsreduzierungen zu generieren, werden auch weitere Steueranpassungen unerlässlich“, verteidigte Dieder diesen Schritt.

Für den Liberalen-Fraktionschef David Stolz war dies jedoch ein rotes Tuch. „Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer haben wir damals abgelehnt und werden diese auch weiterhin ablehnen. Da dies grundlegend verkehrt ist. Unserer Meinung nach muss ein Investitionsklima in Heinsberg geschaffen werden. Momentan setzen wir anscheinend alles daran, uns vom Unternehmensstandort Heinsberg zu verabschieden.“ Es gelte wohl Abwanderung statt Zuzug als Zielsetzung. Dieder hatte zuvor erklärt, „der Aufwärtstrend der Arbeits-, Wohn- und Einkaufsstadt Heinsberg setzt sich fort. Gegen den demografischen Wandel und alle Prognosen steigt die Einwohnerzahl in Heinsberg auch weiterhin an.“ Erfreulich sei, dass



Die Sonnenscheinschule in Heinsberg soll, so ist ein Antrag der CDU in Planung, einem Parkplatz weichen.

Foto: Rainer Herwartz

die Anzahl der Kinder im Kindergarten- und Einschulungsalter deutlich gestiegen sei. „So erwarten wir im Schuljahr 2016/17 bereits zehn Kinder mehr, als noch im November 2013 prognostiziert und insbesondere im Einschulungsjahr 2018/19 25 Kinder mehr als bisher errechnet. Auch im darauf folgenden Jahr erwarten wir ebenfalls einen Anstieg um 18 Kinder und die jetzt verfügbare Einschulungsprognose für das Schuljahr 2020/21 setzt diesen Trend nach oben fort.“ Interessante Zahlen vor allem im Hinblick auf den Ärger, den die Reduzierung um eine Eingangsklasse an den Grundschulen hervorgerufen hatte.

CDU-Fraktionschef Wilfried Louis machte als entscheidende Ursache „für die strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden“ den von diesen nicht mehr steuerbaren Anstieg der Sozialaufwendungen aus. „Im Haushalt der Stadt Heinsberg sind im Produktbereich soziale Leistungen

von 2011 bis 2013 Ist-Fehlbeträge von insgesamt knapp 600 000 Euro aufgelaufen. Das sind ungedeckte Sozialaufwendungen. Rein planerisch werden es von 2014 bis 2018 mehr als vier Millionen Euro sein.“ Schon wie im letzten Jahr wies er erneut auf den Fonds Deutsche Einheit hin. Im Haushaltsplan seien allein hierfür 1,4 Millio-

„Unserer Auffassung nach muss bei den städtischen Finanzen ein völliges Umdenken stattfinden.“

RALF HERBERG,
SPD-FRAKTIONSCHEF

nen Euro eingeplant. Seit dessen Einführung im Jahr 1990 habe die Stadt rund 35,5 Millionen darin eingezahlt, was etwa dem Stand der Schulden entspreche.

2,2 Millionen Euro sollen in diesem Jahr dennoch für Baumaßnahmen zur Auszahlung kommen, erläuterte Louis. Der baldige Antrag seiner Fraktion, die Sonnen-

scheinschule zugunsten eines dringend benötigten neuen Parkplatzes abzureißen und zur Finanzierung dieser Maßnahme „über eine projektbezogene moderate Erhöhung der Parkgebühren“ nachdenken zu wollen, löste nicht bei allen Ratsmitgliedern Begeisterung aus.

„Unserer Auffassung nach muss bei den städtischen Finanzen ein völliges Umdenken stattfinden. Die Kirchturmspolitik der kleinen Ortschaften kann unter dem Gesichtspunkt der finanzwirtschaftlichen Stellung der Stadt nicht mehr vorangetrieben werden“, konstatierte SPD-Fraktionschef Ralf Herberg. „Nicht jeder CDU-Ortsvorsteher kann seine Forderungen durchsetzen.“ In Sachen Schulpolitik bezeichnete Herberg die CDU als „politische Geisterfahrer“. Dass seine Fraktion dennoch dem Haushalt 2015 zustimme, liege daran, „dass Anregungen und Empfehlungen der SPD-Fraktion aus der Vergangenheit nunmehr Eingang in den Haushaltsentwurf gefunden haben“.

Birgit Ummelmann und ihre grüne Fraktion konnten sich aller-

dings nicht für den Haushaltsentwurf erwärmen. „Er ist gekennzeichnet von der Abwicklung begonnener Investitionen, bei etwa gleichem Schuldenstand, bei höheren Steuern und gleichzeitigem Verzehr des Eigenkapitals. Eine hinreichende Betrachtung der Einsparungen auf der Aufwandsseite fehlt uns in diesem Haushaltsentwurf“, zog sie ein ablehnendes Fazit. „Dagegen ist eine kontinuierliche, einseitige Belastung der Bürger und Gewerbetreibenden durch Steuererhöhungen vorprogrammiert.“

Walter Leo Schreinemacher attestierte der CDU sogar eine „laienhafte Fachqualifikation“ oder alternativ, dass sie die „kommunalen Grausamkeiten“, die ans Tageslicht kämen, bewusst verschwiegen hätten. Einen Ort der Geldverschwendung machte er zum Beispiel in der Unterhaltung der beiden Freibäder aus. Wie schon David Stolz bemängelte Schreinemacher die angeblich schlechte Verständlichkeit und Transparenz des Haushaltsentwurfes, bevor seine Fraktion den Haushalt ablehnte.